

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

Ausgabe 12 | 1. bis 14. Juni 2020

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. EU-Kommission schlägt schrittweise Aufhebung von Einreisebeschränkungen für Reisen in EU ab 30. Juni 2020 vor – an den Binnengrenzen bereits früher

Die EU-Kommission hat am 11. Juni 2020 vorgeschlagen, die bestehenden Einreisebeschränkungen für nicht zwingend notwendige Reisen in die Europäische Union (EU) bis zum 30. Juni 2020 zu verlängern und anschließend schrittweise aufzuheben. Die EU-Kommission empfiehlt den Schengen-Mitgliedstaaten und assoziierten Schengen-Ländern eine Aufhebung der Binnengrenzkontrollen bereits zum 15. Juni 2020. Davon betroffen sind alle EU-Mitgliedstaaten außer Irland sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

Da die Gesundheitssituation in bestimmten Drittländern weiterhin kritisch ist, schlägt die EU-Kommission zum jetzigen Zeitpunkt keine generelle Aufhebung der Reisebeschränkungen ab dem 1. Juli 2020 vor. Die Beschränkung sollte für von den Mitgliedstaaten gemeinsam ausgewählte Länder aufgehoben werden. Dies sollte auf Grundlage einer Reihe von Grundsätzen und objektiven Kriterien erfolgen, einschließlich der Gesundheitssituation und der Möglichkeit der Anwendung von Eindämmungsmaßnahmen während der Reise, wobei Daten aus einschlägigen Quellen wie dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der WHO zu berücksichtigen seien. Die Reisebeschränkungen für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien sollten zum 1. Juli 2020 aufgehoben werden, da deren epidemiologische Situation ähnlich oder besser als die der EU sei.

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Rudi-Dutschke-Str. 17

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200611-einreisebeschraenkung_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1035

https://ec.europa.eu/info/files/communication-third-assessment-application-temporary-restriction-non-essential-travel-eu_en (Mitteilung)

2. EU-Kommission dringt bei Online-Plattformen auf konsequenteres Vorgehen gegen Desinformation in der Corona-Pandemie

Die EU-Kommission stellte am 10. Juni 2020 eine Bilanz der bisherigen Maßnahmen vor und kündigte weitere Schritte an. Die EU-Kommission fordert nunmehr von den Online-Plattformen monatliche Berichte mit genaueren Daten zu ihren Maßnahmen, mit denen verlässliche Inhalte gefördert und Desinformation im Zusammenhang mit dem Coronavirus und damit verbundener Werbung eingedämmt werden. Außerdem sollen die Online-Plattformen ihre Zusammenarbeit mit Faktenprüfern – in allen Mitgliedstaaten und für alle Sprachen – und Forschern intensivieren und bei der Umsetzung ihrer Konzepte größere Transparenz zeigen, um Nutzer, die von Desinformation betroffen sein können, besser darüber zu informieren.

Viele Verbraucher seien durch Täuschung verleitet worden, übertriebene, unwirksame oder potenziell gefährliche Produkte zu kaufen. Die EU-Kommission werde weiterhin mit Online-Plattformen zusammenarbeiten und das Netz der nationalen Behörden für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC) bei der Bekämpfung solcher Verstöße gegen das Verbraucherrecht unterstützen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200610-plattformen-desinformation_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1006

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52020JC0008>

3. EU-Kommission gibt Ausblick auf geplante Verbraucheragenda

Der EU-Kommissar für Verbraucherschutz, Didier Reynders, gab am 8. Juni 2020 im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EU-Parlaments einen Ausblick auf die für November 2020 geplante Mitteilung zur Verbraucheragenda der EU-Kommission. Schwerpunkte seien die Stärkung der Verbraucher hinsichtlich des grünen und digitalen Transition sowie die Unterstützung für diejenigen, die unverhältnismäßig stark von COVID-19 betroffen seien. Im zweiten Quartal 2021 sollen drei Rechtsetzungsvorschläge vorgelegt werden. Diese betreffen die Stärkung der Verbraucher zur grünen Transition, die Überarbeitung der Produktsicherheitsrichtlinie und die Novellierung der Verbraucherkreditrichtlinie.

https://multimedia.europarl.europa.eu/en/imco-committee-meeting_20200608-1645-COMMITTEE-IMCO_vd?EPV_EDITED_VIDEOS=true&EPV_REPLAY=true&EPV_PHOTO=true&EPV_AUDIO=true

4. Gespräche der Europäischen Union mit Großbritannien über Freihandelsabkommen weiterhin ergebnislos

Nach der vierten Verhandlungsrunde der Europäischen Union (EU) mit Großbritannien über die künftigen Beziehungen beider Seiten stellte EU-Chefunterhändler Michel Barnier am 5. Juni 2020 fest, dass es „kaum Fortschritte“ gegeben habe. Keine Einigung gebe es insbesondere beim Grundsatz gleicher Wettbewerbsbedingungen. Großbritannien habe in der politischen Erklärung zum Austrittsabkommen von Ende 2019 ausdrücklich anerkannt, dass nach dem Ende der Übergangsperiode verbindliche Regelungen für hohe gemeinsame Standards gelten sollten. Doch die britischen Verhandlungspartner versuchten sich von dieser Erklärung zu distanzieren, so Barnier. Für die EU bleibe die politische Erklärung die einzige relevante Verhandlungsgrundlage. Die nächste Verhandlungsrunde solle Ende Juni oder Anfang Juli 2020 stattfinden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200605barnier-kaum-fortschritte-verhandlungen-mit-dem-vereinigten-koenigreich_de

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_20_1017

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. EU-Kommission konsultiert zu Gebäuderenovierung

Die EU-Kommission startete am 12. Juni 2020 eine öffentliche Konsultation zur Gebäuderenovierung. Sie bereitet derzeit eine Initiative mit dem Titel „Renovierungswelle“ für öffentliche und private Gebäude vor, um die derzeit niedrige Verringerung der CO₂-Emissionen und des Energieverbrauchs von Gebäuden in der gesamten Europäischen Union (EU) zu verstärken. Die Renovierung von Gebäuden könne einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals leisten: 40 Prozent des Energieverbrauchs und 36 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU entfielen auf den Gebäudesektor. Die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden sei mit einer Reihe von Vorteilen verbunden: Energie- und Geldeinsparungen, breiterer Einsatz erneuerbarer Energiequellen, moderne Fernwärme- und -kälteversorgung, Abfallmanagement, nachhaltige Mobilität und Förderung des sozialen Zusammenhalts. Dabei sei eine zweifache Herausforderung – Steigerung der Energieeffizienz bei gleichzeitiger Gewährleistung der Bezahlbarkeit – zu bewältigen. Ziel sei es, die jährliche Renovierungsquote des Gebäudebestands durch rechtliche und finanzielle Unterstützung mindestens zu verdoppeln. Die EU-Kommission bittet bis

9. Juli 2020 um Meinungen, wie regulatorische, politische und finanzielle Instrumente die energie- und kosteneffiziente Renovierung von Gebäuden begünstigen können. Gemeint sind sowohl Privathaushalte als auch öffentliche Gebäude.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200612-konsultation-gebaeuderenovierung_de

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12376-Commission-Communication-Renovation-wave-initiative-for-the-building-sector/public-consultation>

2. Mehr als 90 Prozent der deutschen Badestellen von ausgezeichneter Qualität

Von knapp 2300 untersuchten Badegewässern in Deutschland haben 2120 eine ausgezeichnete Qualität; das sind 92,5 Prozent. 103 Badestellen haben eine gute Qualität und 27 eine ausreichende Qualität. Nur acht Badestellen werden als mangelhaft eingestuft, darunter der Nordseestrand in Wremen, die Spree an der Naturbadestelle in Lübben/Steinkirchen und der Klostersee in Trennfeld. Trennfeld ist ein Ortsteil des bayerischen Marktes Triefenstein im unterfränkischen Landkreis Main-Spessart. Das zeigt der am 9. Juni 2020 veröffentlichte Badegewässerbericht der Europäischen Union (EU), der die Messwerte aus dem Jahr 2019 auswertet. Damit liegt Deutschland über dem EU-Durchschnitt.

Europaweit haben knapp über 85 Prozent der Badestellen in ganz Europa, die im vergangenen Jahr überwacht wurden, die höchsten Anforderungen für ausgezeichnete Wasserqualität erfüllt. Fast alle 22.295 Badestellen, die im vergangenen Jahr in ganz Europa überwacht wurden (davon 21.981 in den damals 28 EU-Mitgliedstaaten einschließlich des Vereinigten Königreichs), erfüllten die Mindestqualitätsanforderungen. Die EU-Kommission beabsichtigt, in den kommenden Wochen eine Bewertung der Badegewässer-Richtlinie einzuleiten, um zu analysieren, wo Verbesserungen angebracht werden könnten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200608-eu-badegewaesser_de

<https://www.eea.europa.eu/themes/water/europes-seas-and-coasts/assessments/state-of-bathing-water/european-bathing-water-quality-in-2019>

3. Keine Ausgleichszahlung wegen Flugverspätung durch randalierenden Fluggast

Der Europäische Gerichtshof entschied am 11. Juni 2020, dass das störende Verhalten eines Fluggastes einen „außergewöhnlichen Umstand“ darstellen kann. Dies bedeutet, dass das Luftfahrtunternehmen von seiner Verpflichtung zu Ausgleichszahlungen wegen der Annullierung oder großen Verspätung des betreffenden Fluges oder eines nachfolgenden Fluges befreit sein kann, den es

selbst mit demselben Flugzeug durchgeführt hat. Das Luftfahrtunternehmen habe jedoch die frühestmögliche anderweitige Beförderung der Fluggäste durch andere direkte oder indirekte Flüge zu gewährleisten, die gegebenenfalls von anderen Luftfahrtunternehmen durchgeführt werden. Kein „außergewöhnlicher Umstand“ läge allerdings vor, wenn das Luftfahrtunternehmen einen Fluggast hat an Bord gehen lasse, der vor oder beim Besteigen des Flugzeugs bereits Verhaltensstörungen gezeigt hatte. Im Ausgangsfall ging die Verspätung darauf zurück, dass die Maschine auf dem unmittelbar vorangegangenen Flug eine ungeplante Zwischenlandung machen müssen, um einen randalierenden Fluggast von Bord zu bringen. Dieser habe einen anderen Fluggast gebissen und weitere Fluggäste sowie das Kabinenpersonal, das ihn zu beruhigen versucht habe, angegriffen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-06/cp200068de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=227302&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4797218>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank bekräftigt Niedrigzinspolitik und verstärkt Krisenreaktion

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 4. Juni 2020 den Leitzins bei null Prozent belassen. Banken erhalten weiterhin unbeschränkt Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins belegt. Dieser beträgt wie bisher -0,50 Prozent. Die EZB-Leitzinsen sollen so lange auf ihrem aktuellen oder einem noch niedrigeren Niveau bleiben, bis das Inflationsziel von unter, aber nahe zwei Prozent erreicht ist.

Der EZB-Rat stockte auch das bisherige Krisenpaket auf. Der Umfang des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wird um 600 Milliarden Euro auf insgesamt 1350 Milliarden Euro erweitert. Über dieses Programm werden von der EZB vor allem Staatsanleihen angekauft. Daneben läuft ein weiteres Programm zum Ankauf von Staatsanleihen in Höhe von 20 Milliarden Euro monatlich und ein Programm zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten Sektors in Höhe von 120 Milliarden Euro für das Jahr 2020. Mit diesen Programmen soll erreicht werden, dass der Wirtschaft weiterhin Liquidität zu einem niedrigen Zinssatz zur Verfügung steht.

Banken erhalten auch weiterhin Zugang zu besonders privilegierten langfristigen Refinanzierungsgeschäften. Soweit die Banken Kredite an Unternehmen

und Verbraucher ausreichen, können sie Zentralbankgeld zu einem Zinssatz von -1,00 Prozent erhalten. Die Banken werden also dafür bezahlt, dass sie Geld aufnehmen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.mp200604~a307d3429c.de.html>

2. EU-Kommission konsultiert zu EU-Standard für grüne Anleihen

Die EU-Kommission will einen einheitlichen Standard für grüne Anleihen in der Europäischen Union (EU) schaffen. Sie hat dazu am 12. Juni 2020 eine öffentliche Konsultation gestartet. Grüne Anleihen seien bei Investoren gefragt, die den Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaft mitfinanzieren wollten. Eine europäische Norm für grüne Anleihen könne dazu beitragen, die Ziele des europäischen Green Deal zu erreichen. Die EU-Kommission wolle nunmehr erfahren, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten zur Entstehung eines großen, hochwertigen Markts für grüne Anleihen beitragen können. Interessierte Kreise können bis 2. Oktober 2020 ihren Beitrag einreichen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200612-konsultation-gruene-anleihen_de

https://ec.europa.eu/info/consultations/finance-2020-eu-green-bond-standard_de

3. EU-Kommission konsultiert zu Rechtsakten zu nachhaltiger Finanzierung

Die EU-Kommission veröffentlichte am 8. Juni 2020 ein Bündel von Entwürfen zu delegierten Rechtsakten zur Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Aspekten. Die EU-Kommission kann delegierte Rechtsakte verabschieden, wenn ihr die entsprechende Befugnis durch einen Rechtsakt übertragen wurde. Bei den vorgesehenen Rechtsakten geht es um die Verpflichtung von Investmentfonds, alternativen Investmentfonds, Versicherern, Versicherungsvermittlern, Rückversicherern und Wertpapierfirmen soziale und ökologische Aspekte in die Kundenberatung einzubeziehen. Ein weiterer Rechtsakt regelt die Verpflichtung bestimmter Unternehmen zur Veröffentlichung nichtfinanzieller Informationen. Die EU-Kommission bittet um Rückmeldungen bis 6. Juli 2020. Sobald die EU-Kommission einen delegierten Rechtsakt verabschiedet hat, haben EU-Parlament und EU-Ministerrat zwei Monate Zeit, Einwände zu erheben. Andernfalls tritt der delegierte Rechtsakt in Kraft.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives?&topic=FINANCE&frontEndStage=ISC_WORKFLOW

4. Europäischer Gerichtshof verneint Nutzungersatz für Verbraucher bei widerrufenem Kreditvertrag

Der Europäische Gerichtshof entschied am 4. Juni 2020, dass Verbraucher, die einen online-abgeschlossenen Kreditvertrag widerrufen nur die Erstattung der zur Erfüllung des Vertrags gezahlten Tilgungs- und Zinsbeträge verlangen können, nicht aber Nutzungersatz auf diese Beträge. Die Bank muss somit entgegen der deutschen Rechtslage kein Entgelt dafür leisten, dass sie mit dem vom Verbraucher erhaltenen Geld wirtschaften konnte. Im Ausgangsfall hat ein Kunde der DSL-Bank zehn Jahre nach Abschluss zweier Immobilienkreditverträge die Verträge widerrufen, wofür er sich auf fehlerhafte Widerrufsbelehrungen berief. Da die Bank den Widerruf für nicht mehr möglich hielt, hat der Kunde Klage beim Landgericht Bonn erhoben, u.a. auf Zahlung von Nutzungersatz auf bisher geleistete Zahlungen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=8F14C5649F3C310B1A8B86A6352111FC?text=&docid=226976&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=27764>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Europäische Landwirtschaftsminister unterstützen Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und Biodiversitätsstrategie

Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Union (EU) führten am 8. Juni 2020 einen Gedankenaustausch über die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und über die Biodiversitätsstrategie, die kürzlich von der EU-Kommission angenommen wurden. Ziel der beiden Strategien ist es, die Lebensmittelsysteme der EU zum weltweiten Maßstab für Nachhaltigkeit zu machen und dringende Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt Europas zu ergreifen. Die Minister begrüßten beide Strategien und das Bestreben, die Rolle der Landwirte in der Lieferkette zu stärken.

Die Minister äußerten sich besorgt darüber, dass die Anstrengungen zum Erreichen der Ziele, die zur Begrenzung des Einsatzes von Pestiziden und Antibiotika formuliert wurden, die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte in der EU auf dem Weltmarkt verringern könnten. Ferner forderten sie die EU-Kommission auf, besonderen nationalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Sie unterstützten darüber hinaus das Bestreben, gemeinsame Vorschriften für die Lebensmittelkennzeichnung einzuführen. Außerdem wurde auf die Bedeutung der Forstwirtschaft für die Verwirklichung der Ziele der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der Biodiversitätsstrategie hingewiesen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2020/06/08/>

2. Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ – Konsultation zur Verringerung des Einsatzes von Pestiziden

Die EU-Kommission hat am 2. Juni 2020 einen ersten Fahrplan für die Bewertung der EU-Regeln zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden und eine erste Folgenabschätzung für eine mögliche Überarbeitung dieser Gesetzgebung veröffentlicht. Ein Ziel der im Mai 2020 vorgestellten Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ für nachhaltige Lebensmittel ist es, die Verwendung von Pestiziden in Europa zu verringern. So soll der Einsatz von Pestiziden mit höherem Risiko bis 2030 um 50 Prozent gesenkt werden. Es sollen Methoden des integrierten Pflanzenschutzes gefördert werden, um sicherzustellen, dass nachhaltige, biologische, physikalische und andere nicht chemische Methoden sowie Pestizide mit geringem Risiko beim Schutz der Kulturen der Vorzug gegeben wird. Die EU-Kommission erbittet bis 7. August 2020 Rückmeldungen zu diesem Fahrplan. Für das vierte Quartal 2020 ist eine förmliche öffentliche Konsultation vorgesehen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200603-Ueberarbeitung-der-regeln-fuer-pestizide-europa-ihre-meinung-ist-gefragt_de

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12413-Sustainable-use-of-pesticides-revision-of-the-EU-rules>

3. EU-Ministerrat für Ausbau elektronischer Gesundheitsdienste

Der EU-Ministerrat hat am 9. Juni 2020 Schlussfolgerungen zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas beschlossen, in denen auf eine große Bandbreite von Aspekten der Umsetzung der EU-Digitalstrategie eingegangen wird. In diesen Schlussfolgerungen wird anerkannt, dass die Entwicklung eines europäischen Gesundheitsdatenraums durch die EU-Kommission – gemeinsam mit den Mitgliedstaaten – das Potenzial dafür berge, die Entwicklung einer wirksamen Prävention, Diagnose, Behandlung und Pflege zu unterstützen. Damit könnte auch mehr Kostenwirksamkeit im Gesundheitswesen gewährleistet werden, wodurch bessere Gesundheitsergebnisse für die Patienten, bessere epidemiologische Überwachungssysteme und die längerfristige Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme zu erreichen wären. Dabei seien hohe Anforderungen an den Schutz personenbezogener Gesundheitsdaten zu stellen. Im Hinblick auf die COVID-19-Krise sollte im Einklang mit den von der EU-Kommission erstellten Leitlinien grenzüberschreitende Interoperabilität bei mobilen Anwendungen, die der Nachverfolgung und Warnung von Kontaktpersonen dienen, gewährleistet werden. Zu prüfen seien auch Optionen für die Entwicklung eines europäischen Austauschformats für elektronische Patientenakten.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8711-2020-INIT/de/pdf>

4. EU-Kommission konsultiert zur geplanten Arzneimittelstrategie für Europa

Die EU-Kommission holt Meinungen dazu ein, welche Zielsetzungen und Vorschläge die geplante europäische Arzneimittelstrategie verfolgen sollte. Die EU-Kommission plant, die Strategie bis Ende des Jahres auf den Weg bringen und hat dazu am 2. Juni 2020 in einem ersten Schritt einen sogenannten Fahrplan veröffentlicht. Die EU-Kommission verfolgt das Ziel, Qualität und Sicherheit von Arzneimitteln sicherzustellen und die globale Wettbewerbsfähigkeit des Sektors zu festigen. Europa sollte auch dafür sorgen, dass alle Patienten von Innovationen profitieren können, und es sollte dem Druck der steigenden Arzneimittelkosten standhalten. Marktlücken, etwa bei Antibiotika, sollten geschlossen werden. Außerdem sollte die Abhängigkeit Europas von Drittländern bei der Versorgung mit Arzneimitteln und pharmazeutischen Wirkstoffen verringert werden. Alle Interessierten sind eingeladen, bis zum 7. Juli 2020 Feedback zu geben. Im zweiten Quartal 2020 folgt eine weitere öffentliche Konsultation.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200603-kommission-bittet-um-feedback-zur-geplanten-arzneimittelstrategie-fuer-europa_de

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12421-Pharmaceutical-Strategy-Timely-patient-access-to-affordable-medicines>

5. Kein Haftpflicht-Versicherungsschutz für Opfer von PIP-Brustimplantaten in Deutschland

Der Europäische Gerichtshof entschied am 11. Juni 2020, dass die Beschränkung der Haftpflichtversicherung der in Frankreich ansässigen Firma Poly Implant Prothèses SA (im Folgenden: PIP) auf Schäden, die in Frankreich aufgetreten sind, mit dem Recht der Europäischen Union (EU) in Einklang steht. Im Ausgangsfall hat sich eine in Deutschland wohnende deutsche Staatsangehörige im Jahr 2006 in Deutschland fehlerhafte Brustimplantate der Firma PIP einsetzen lassen. PIP hatte mit dem Unternehmen AGF IARD SA, deren Nachfolgerin die Allianz IARD SA ist, einen Versicherungsvertrag abgeschlossen, der ihre Haftpflicht wegen der Herstellung der Brustimplantate auf in Frankreich eingetretene Schadensfälle beschränkte. PIP wurde 2010 für zahlungsunfähig erklärt und anschließend 2011 liquidiert.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-06/cp200069de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=227294&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4800408>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. EU-Kommission konsultiert zu geplantem Regelungswerk über digitale Dienste

Die EU-Kommission hat am 2. Juni 2020 zwei öffentliche Konsultationen zur Modernisierung der zwanzig Jahre alten EU-Gesetzgebung für digitale Dienste und Online-Plattformen gestartet. Europa brauche einen modernisierten Rechtsrahmen, um die zunehmende regulatorische Zersplitterung von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat einzudämmen und um dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Europa online ebenso geschützt seien wie offline. Alle europäischen Unternehmen brauchten gleiche Wettbewerbsbedingungen, damit sie wachsen und innovativ sein und global konkurrieren könnten. Die Sicherheit der Nutzer und die Achtung ihrer Grundrechte, insbesondere ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung, müssten systematisch garantiert werden. Hierzu gehöre eine umfassende Beschränkung der Haftung für von Nutzern erstellte Inhalte.

Die EU-Kommission möchte außerdem klare und moderne Vorschriften über die Rolle und die Pflichten von Online-Vermittlern aufstellen, und zwar auch für außereuropäische Vermittler, die in der EU tätig sind. Sie möchte auch die Frage der gleichen Wettbewerbsbedingungen in den europäischen digitalen Märkten angehen, auf denen zurzeit einige wenige große Online-Plattformen als „Torwächter“ agierten.

Die EU-Kommission erbittet bis 30. Juni 2020 Feedback zu den beiden Fahrplänen für die Reformen. Es geht hierbei um Folgenabschätzungen in der Anfangsphase. Darüber hinaus können bis zum 8. September 2020 alle Interessierten Beiträge zu dem für das vierte Quartal 2020 geplanten Regelungswerk über digitale Dienste (Digital Services Act) einreichen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200602_digitale-dienste-und-online-plattformen_de

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12417-Digital-Services-Act-deepening-the-Internal-Market-and-clarifying-responsibilities-for-digital-services>

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12418-Digital-Services-Act-package-ex-ante-regulatory-instrument-of-very-large-online-platforms-acting-as-gatekeepers/public-consultation>

2. Keine Fortschritte bei Beratungen über Datenschutz bei elektronischer Kommunikation („ePrivacy“)

Die bis Ende Juni 2020 amtierende kroatische Präsidentschaft des EU-Ministerrats präsentierte am 3. Juni 2020 einen Sachstandsbericht zu den Beratungen über die Verordnung zum Datenschutz bei elektronischer Kommunikation („ePrivacy-Verordnung“). Die Präsidentschaft hatte festgestellt, dass auf der Basis der Diskussionsergebnisse vom Stand Ende Dezember 2019 keine Einigung möglich war. Sie hielt es daher für erforderlich, wesentliche Änderungen vorzuschlagen. Die wichtigste Änderung, die der Vorsitz eingeführt hat, war die Möglichkeit, Metadaten der elektronischen Kommunikation zu verarbeiten und die Verarbeitungs- und Speicherfunktionen von Endgeräten und die Sammlung von Informationen aus dem Endkundenterminal zu nutzen, wenn dies „zum Zweck legitimer Interessen“ erforderlich ist. Um eine ausgewogene Lösung zu bieten, habe der Vorsitz auch eine Reihe von Schutzmaßnahmen vorgeschlagen. Der Vorschlag sei jedoch auf ein geteiltes Interesse gestoßen. Wegen der COVID-19-Pandemie sei es nicht zur Diskussion weiterer Punkte wie der Datenspeicherung und der Kinderpornographie gekommen. Es obliege nun der deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020, die Verhandlungen zu einem Ergebnis zu führen, so dass die Beratungen mit dem EU-Parlament aufgenommen werden können. Dieses hat seinen Standpunkt bereits festgelegt.

https://www.consilium.europa.eu/media/44301/st_8204_2020_init_en.pdf
(Sachstand)

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6543-2020-INIT/en/pdf>
(konsolidierter Text)

3. Deutschland im digitalen Vergleich in der Europäischen Union auf Platz zwölf

Die EU-Kommission hat am 11. Juni 2020 den Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft (DESI) für 2020 veröffentlicht. Finnland, Schweden, Dänemark und die Niederlande stehen bei der Gesamtleistung im digitalen Bereich in der Europäischen Union (EU) an der Spitze. Deutschland steht beim europäischen Vergleich der digitalen Wirtschaft und Gesellschaft an zwölfter Stelle. In der Dimension Konnektivität ist Deutschland bei der 5G-Bereitschaft mit einem hohen Anteil an Festnetz-Breitbandanschlüssen führend in der EU. Hinsichtlich der Abdeckung der Netze mit sehr hoher Kapazität (Very High Capacity Networks – VHCN) liegt Deutschland allerdings nur auf Rang 21 und damit unter dem EU-Durchschnitt. Ebenso erreicht es bei den digitalen öffentlichen Diensten nur den 21. Platz. Nur fünf Prozent der Deutschen haben das Internet noch nie genutzt, und 84 Prozent kaufen online ein. Bei der Inanspruchnahme von E-Government-Diensten belegt Deutschland mit einer Quote von nur 49 Prozent den 26. Platz.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200611-digitalisierung_de

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/desi>

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/scoreboard/germany>
(DESI Deutschland)

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Massive Schädigung der Verbraucher durch gefälschte Waren

Das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) veröffentlichte am 10. Juni 2020 einen Bericht über Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums. Das EUIPO schätzt, dass die Branchen Kosmetik und Körperpflege, Weine und Spirituosen, pharmazeutische Erzeugnisse, Spielwaren und Spiele in der EU aufgrund von Fälschungen mit jährlichen Umsatzeinbußen von bis zu 19 Milliarden EUR konfrontiert sind. Fälschungen würden nicht den gleichen strengen Tests unterzogen wie rechtmäßig hergestellte Waren, um sicherzustellen, dass sie sicher von den Verbrauchern konsumiert bzw. verwendet werden können. Seit der letzten vom EUIPO veröffentlichten Analyse im Jahr 2019 hätten die Umsatzeinbußen insbesondere in der Kosmetik- und Körperpflegebranche um über 2,5 Milliarden Euro zugenommen. Die in der EU durch gefälschte Produkte verursachten Umsatzeinbußen der Kosmetik- und Körperpflegebranche beliefen sich auf jährlich etwa 14,1 Prozent (9,6 Milliarden Euro). In Deutschland liege dieser Wert bei 10,3 Prozent; dies entspreche Umsatzeinbußen von 1,4 Milliarden Euro pro Jahr und einem Anstieg um 363 Millionen Euro seit der letzten Schätzung.

https://euipo.europa.eu/tunnel-web/secure/webdav/guest/document_library/observatory/documents/reports/2020_Status_Report_on_IPR_infringement/2020_Status_Report_on_IPR_infringement_pr_germany.pdf

https://euipo.europa.eu/tunnel-web/secure/webdav/guest/document_library/observatory/documents/reports/2020_Status_Report_on_IPR_infringement/2020_Status_Report_on_IPR_infringement_en.pdf

2. Übernahme der Bayer-Tiergesundheitssparte durch Elanco nur unter Auflagen

Die EU-Kommission hat die geplante Übernahme der Tiergesundheitssparte der Bayer AG durch das US-Unternehmen Elanco Animal Health am 8. Juni 2020 unter der Auflage genehmigt, die Produktion verschiedener Tierarzneimittel zu veräußern. Die Übernahme hätte ansonsten die derzeitige und künftige Auswahl an konkurrierenden und innovativen Arzneimitteln, die Tierärzten, Haustierhaltern und Landwirten für bestimmte Tierseuchen zur Verfügung stehen, erheblich eingeschränkt. Der Zusammenschluss würde zur Gründung des

zweitgrößten Tiergesundheitsunternehmens weltweit führen. Sowohl Elanco als auch die Bayer-Sparte für Tiergesundheit („BAH“) entwickeln und vertreiben weltweit Arzneimittel für Haus- und Nutztiere.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200609-bayer-elanco-auflagen_de

TERMINVORSCHAU

Rat

Informelle Videokonferenz der Energieminister (15. Juni 2020)

Europäischer Green Deal, Wiederaufbauplan nach der Corona-Pandemie und nationalen Energie- und Klimapläne.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (15. Juni 2020)

Rechte der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr; Europäisches Jahr der Schiene 2021.

Sonderausschuss Landwirtschaft (15. Juni 2020)

Verordnung über die Übergangsbestimmungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (Vorbereitung des zweiten Trilogs).

Videokonferenz der Minister für europäische Angelegenheiten (16. Juni 2020)

Vorbereitung der Videokonferenz des Europäischen Rates am 19. Juni 2020; Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich.

Ratsarbeitsgruppe „Gesundheitswesen“ (17. Juni 2020)

Vorschlag für eine Verordnung über ein Programm für Maßnahmen der Union im Gesundheitsbereich für den Zeitraum 2021-2027.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) – 1. Teil (17. Juni 2020)

Bewertung von Gesundheitstechnologien (Sachstand); Verordnung zu den Rechten der Bahnreisenden (Vorbereitung des Trilogs); Richtlinie über Sammelklagen für Verbraucher (Vorbereitung des Trilogs); Schlussfolgerungen zu antimikrobieller Resistenz.

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) – 2. Teil (17. Juni 2020)

Aufhebung der Außengrenzkontrollen.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (18. Juni 2020)

Schlussfolgerungen zum Bericht des Europäischen Rechnungshofs über mangelnde Effizienz von Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs von Gebäuden.

Videokonferenz des Europäischen Rats (19. Juni 2020)

Aufbaufonds als Reaktion auf die COVID-19-Krise und neuer langfristiger EU-Haushalt 2021-2027.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (15. Juni 2020) – Fernteilnahme

Öffentliche Anhörung über den Ausbruch von COVID-19, seine erwarteten Auswirkungen auf die EU-Wirtschaft und mögliche politische Reaktionen, einschließlich geld- und fiskalpolitischer Maßnahmen unter Beteiligung von Chef-Volkswirten des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Industrieländerorganisation OECD und führenden Wissenschaftlern.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (16. Juni 2020) – Fernteilnahme

Aussprache mit der EU-Kommission über die nationalen Energie- und Klimapläne; Aussprache mit der EU-Kommission über das europäische Aufbaupaket und die Verbindung zum europäischen Grünen Deal und zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie.

Plenum – Fernteilnahme

Erklärungen des EU-Ministerrats und der EU-Kommission zu „Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 19. Juni 2020“, „Empfehlungen für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland“, „Konferenz zur Zukunft Europas“, und „Bekämpfung von Desinformationskampagnen während der COVID-19-Krise und die Auswirkungen auf das Recht auf freie Meinungsäußerung“. Entschließungsantrag zur Finanzierung der biomedizinischen Forschung zu der Krankheit myalgische Enzephalomyelitis; Bankenunion – Jahresbericht 2019; Wettbewerbspolitik – Jahresbericht 2019; Strategie der EU zugunsten von Menschen mit Behinderungen für die Zeit nach 2020.

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (23. Juni 2020)

Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1999 (Europäisches Klimagesetz); Europäisches Jahr der Schiene (2021).

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (17. Juni 2020)

EU-Strategie für die Entwicklung eines Impfstoffs gegen COVID-19; Weißbuch über ein Instrument für ausländische Subventionen; Bericht über die Auswirkungen des demographischen Wandels.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (24. Juni 2020)

Europäische Strategie für Opferrechte; Bericht über die Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung; Angleichung der einschlägigen Rechtsdurchsetzungsvorschriften der Union in Bezug auf den Datenschutz; Strategie für eine intelligente Sektorenintegration (Energie); EU-Jahreshaushaltsplan 2021; Management- und Leistungsbilanz 2019.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Außenbeziehungen – Hybridsitzung mit Fernteilnahme (16. Juni 2020)

Umsetzung von Freihandelsabkommen 1. Januar 2018 – 31. Dezember 2018; Ein neues Modell multilateraler Beziehungen: eine drängende Frage nach der COVID-19-Krise (Initiativstellungnahme).

Fachgruppe Verkehr, Energie, Infrastrukturen, Informationsgesellschaft – Hybridsitzung mit Fernteilnahme (23. Juni 2020)

Bewertung der Europäischen Energieunion – Die soziale und gesellschaftliche Dimension der Energiewende (Informationsbericht); Europäisches Jahr der Schiene 2021.

Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt – Fernteilnahme (24. Juni 2020)

Besteuerung der kollaborativen Wirtschaft – Berichterstattungspflichten (ergänzende Stellungnahme); Eine inklusive und nachhaltige Bankenunion (Initiativstellungnahme); Stärkung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums in der EU.

Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch – Fernteilnahme (25. Juni 2020)

Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz – Ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen; Ein neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft – Für ein saubereres und wettbewerbsfähigeres Europa; Gestaltung der digitalen Zukunft Europas; Eine neue Industriestrategie für Europa; Langfristiger Aktionsplan zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften; Hindernisse für den Binnenmarkt ermitteln und abbauen.

Beratende Kommission für den industriellen Wandel – Hybridsitzung mit Fernteilnahme (26. Juni 2020)

Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Wachstum und Beschäftigung durch eine verstärkte globale Zusammenarbeit in Regulierungsfragen, durch die Unterstützung eines erneuerten multilateralen Handelssystems und durch die Verringerung marktverzerrender Beihilfen (Initiativstellungnahme).

Europäischer Ausschuss der Regionen

Fachkommission für natürliche Ressourcen – Fernteilnahme (18. Juni 2020)

Debatte mit Janez Lenarčič, für Krisenmanagement zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, über die Notfallmaßnahmen und die Rolle der EU in künftigen Krisensituationen; Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung (Prospektivstellungnahme); Ein europäischer Notfallmechanismus für Gesundheitskrisen (Initiativstellungnahme); Stellungnahme „Vom Hof auf den Tisch“ – Bericht über den aktuellen Stand der Arbeiten.

Fachkommission für Wirtschaftspolitik – Fernteilnahme (23. Juni 2020)

Eine Strategie zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas und eine europäische Datenstrategie (Initiativstellungnahme); Bericht über Binnenmarkthindernisse und Aktionsplan zur Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (Initiativstellungnahme).

Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen – Fernteilnahme (25. Juni 2020)

Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien (Initiativstellungnahme); Thematische Debatte über die Auswirkungen der Pandemiekrise auf die Debatte über die Zukunft Europas.

Europäischer Gerichtshof

Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen C-422/19 und C-423/19 (15. Juni 2020)

Recht auf Barzahlung des Rundfunkbeitrags in Deutschland?

Urteil in der Rechtssache C-639/18 (18. Juni 2020)

Widerrufbarkeit von im Fernabsatz geschlossenen Anschlusszinsvereinbarungen.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)